


Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsfelle, Morgengeld: 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Erziehungsstörungen usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 24.

Amthliches
Publikations-Organ

für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 6 Goldpf., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpf., im Reklameteil 30 Goldpf., einzeln Umfahrende, Schwenker- und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Aufnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbehold.

Nr. 84.

Donnerstag, den 14. Oktober 1926.

29. Jahrg.

Kleine Zeitung für wilde Leser

- * Von einer neuen Sturmflut wurde das Untergebäude heimgesucht; Hamburg und Witten wurden zum Teil überflutet.
- * Die fremde Besatzung im Rheinland soll nach einem Vorschlag des französischen Generalkommandos bis auf zwei Armeekorps mit drei oder vier Divisionen verringert werden.
- * Im Preussischen Landtag wurde der Reichstag Preussens mit der Hohenzollerfamilie in zweiter Lesung angenommen.
- * Ein vierzehnjähriger Junge namens Karl Müller ertrank in Drombenburg bei Berlin das Ehepaar Dobrowitz und die Ehefrau Tochter, um die Familie berauben zu können.

Ein deutsch-sächsisches Kabinett.

Arbeitsminister und Justizminister Deutsche.
In Prag ist nach dem Rücktritt der Beamtensregierung Czerny von Ministerpräsidenten Ducha ein neues Kabinett aus zehn Abgeordneten und vier Beamten gebildet worden, in dem zum erstenmal zwei Deutsche vertreten sind, und zwar wird der Abg. Prof. Dr. Spina als Arbeitsminister und der Abg. Prof. Dr. Martens als Justizminister ernannt. Von der früheren Beamtensregierung bleiben der bisherige Ministerpräsident Czerny als Innenminister, der Finanzminister Dr. Englich, der Handelsminister Peroutka und der Außenminister Dr. Benesch im neuen Kabinett.
Der neue Arbeitsminister, der Abgeordnete des Bundes der Landwirte und Viehzüchter des Abgeordnetenhauses Universitätsprofessor Dr. Franz Spina, ist im Jahre 1868 in Tübingen in Württemberg geboren, studierte germanische und slavische Philologie und war als Mittelschullehrer tätig. Er habilitierte sich nach dem Deutschen Philosophieexamen in Prag und wurde nach dem Umzug zum ordentlichen Professor der sächsischen Sprache und Literatur ernannt. Als Parlamentarier ist Dr. Spina seit den ersten Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei 1920 tätig. Im Jahre 1925 wurde er wiedergewählt und wurde Vizepräsident des Abgeordnetenhauses.
Der neue Justizminister, der Abgeordnete der Christlichsozialen Volkspartei Dr. Robert Martens, entstammt einer Tiroler Beamtenfamilie und wurde im Jahre 1874 in Wien geboren. Er absolvierte die Juristische Fakultät in Wien und trat in die Dienste des österreichischen Justizministeriums. Im Jahre 1904 wurde er Professor an der Universität in Innsbruck und kam im Jahre 1918 nach Prag, wo er römische und bürgerliche Recht lehrte. Er ist Ehrenprofessor der Universität Prag und Vizepräsident des sächsischen Deutschen Juristenvereins in der Tschechoslowakei.

Politische Möglichkeiten.

Die Entwicklung, die jetzt dazu geführt hat, daß die deutsche Minderheit in der tschechoslowakischen Republik eintraten, kommt nicht ganz überraschend. In der Tschechoslowakei kämpfen ja bisher die drei Nationalitäten, nämlich die Deutschen, die Tschechen und die Slowaken, im Prager Parlament auf beständige gegeneinander und das Zahlenverhältnis war so, daß die zusammenfassende Opposition, nämlich die Deutschen und die Slowaken, durch ihre Stärke der sächsischen Mehrheit sehr erhebliche Schwierigkeiten bereiten konnte, um so mehr, weil es auch innerhalb dieser sächsischen Mehrheit ein beständiges Streitigkeitsverhältnis nicht fehlte. Das Bild dieses Parlaments sieht bunt genug aus, da es bei seinen 24 Abgeordneten nicht weniger als zwanzig Parteien hat. Trotz der scheinbar chaotischen Verhältnisse hat der Prager Tag auch betrieben wurde, ist es aber auch unter den Deutschen nicht gelungen, die Ereignisse zu wahren. Während es früher allerdings nur so lag, daß sich die Sozialdemokraten von dem deutschen Block fernhielten, spaltete sich dieser Block allmählich in die Richtung der Mittelfraktion, die eine Rettung des Deutschums nur von dem Versuch einer Zusammenarbeit mit den Tschechen erhofften, zum Teil auch durch wirtschaftliche Gründe beeinflusst wurden, und die Richtung der Passivisten, die eine solche Zusammenarbeit unbedingt ablehnten. Abgesehen davon, daß die Traditionen des früheren Saksburger Reiches gelten zu sehr erheblichen persönlichen Auseinandersetzungen zwischen den Führern.
Auf sächsischer Seite war man wohl auch bestrebt, zu einem gewissen parlamentarischen Entgegenkommen bereit, weil dort die Differenzen zwischen den Minderheiten wohl noch größer sind als bei den Deutschen. Außerdem ist es gelungen, auch auf der slowakischen Seite ein ge-

misses Entgegenkommen zu erzielen, weil die slowakische Volkspartei zwar nicht in die Regierung eintreten soll, wohl aber Anstalten macht, vom Standpunkt der scharfen Opposition abzugeben. Gerade mit dieser Partei oder hatte die vorliegende tschechische Regierung einen überaus heftigen Konflikt, der zu einer Vertreibung des Führers der Slowaken, des Präsidenten Dr. Dlouha, führte. Er konnte aber ins Ausland fliehen. In diesem Fall wird wohl das jetzige Kabinett eine Revision eintreten lassen.
Es sind die beiden stärksten deutschen Parteien, die jetzt ihre Vertreter in die neue Regierung ernannt haben, nämlich der deutsche Bund der Landwirte, also eine Agrarpartei, und die deutsche Christlich-Sozialpartei, deren Charakter etwa dem des deutschen Zentrum entspricht. Die weitere rechtsstehenden deutschen Parteien sind ebenso drinnen gelassen wie die deutsche Sozialdemokratische Partei, die außerdem scharfe Opposition ankündigt, weil das neue Kabinett ein rein bürgerliches, vor allem aber ein rechtsgerichtetes Aussehen habe.

Ob der Schritt jener beiden Parteien, die zu einer Vertiefung der parteipolitischen Gegensätze zwischen den Deutschen führen kann, berechtigt war, kann natürlich erst die Zukunft lehren. Es hängt alles davon ab, welche Zusagen man für die Regierungsbeteiligung erhalten hat im Interesse der Erhaltung des Deutschums und ob und inwieweit diese Zusagen nun gehalten werden. Die beiden Ministerien, die man den Deutschen eingeräumt hat, sind schließlich Ministerien, die für den deutschen Einfluss in der tschechoslowakischen Regierung wichtig sind, im Sinne der Erfüllung etwaiger Zusagen geltenden Einfluß ausüben können, ist heute noch nicht zu beurteilen. Gerade die hierfür entscheidenden Ministerien sind in der Hand von sächsischen Ministern, die bisher nach dieser Richtung hin eine überaus dringliche Politik befolgten. Es ist also ein Versuch, die Dinge auf ein anderes Gleis zu schieben, ein Versuch, der auch angesichts der ganzen außenpolitischen Stellung der Tschechoslowakei mit ihrem stark antideutschen Charakter möglicherweise ein erfolgreicher Versuch bleiben wird. Immerhin wird das Streben der Deutschen, durch diese Entstellung ihrer natürlichen und kulturellen Selbständigkeit wiederzuerlangen, neue Antriebe erhalten, und ebenso die Idee zu einer Bewegung frei, wie sie dem Geiste des Selbstbestimmungsrechtes der Völker entspricht.

Hohenzollernvergleich im Preuss. Landtag

Einnischung der Erbkämmerer.
t. Berlin, 12. Oktober.
Auch heute wurde das Preussenhaus zum Schlußpaß ungewöhnlicher Szenen. Auf der Tagesordnung stand die zweite Beratung des Vergleichs mit der Hohenzollerfamilie. Die kommunistische Fraktion legte ihre Kritik vom Montag, durch unaufrichtig folgende Angriffe zur Tagesordnung und zur Geschäftsordnung. Professorfahrungen und Dauerreden die Abwicklung der Tagesordnung zu verhindern. Sie kündigte außerdem die scharfsten Oppositionsmittel bei dieser Vorlage an. Der Reihe nach beantragte sie sofortige Verhandlung der Ermittlungsfrage, Aussetzung der Beratung der Regierungsvorlage um vier Wochen, Auflösung des Landtags, Ablehnung der Vorlage, den der Tagesordnung usw. Alle Anträge wurden abgelehnt oder als beschlagsunfähig bezehnet.
Der demokratische Abg. Hall mit dem Eintritt in die eigentliche Tagesordnung den Bericht über die Arbeiten des Hauptauswahlausschusses erläutern. Die Kommunisten unterbrechen ihn mit furchtbarem Lärm und einem Schauer von Zwischenrufen. Der Demokrat Niedel befragt sich um Unterstützung seines Fraktionsgenossen zum Präsidenten, um diesen zu bitten, von seinen Machtmitteln Gebrauch zu machen und die das Pult umlaegernden Kommunisten zur Rückkehr auf ihre Plätze zu bewegen.
Als Niedel zum Präsidentenstuhl zu seinem Platz zurückkehrte, sprangen ihm einige Kommunisten entgegen und warfen die schweren, auf dem Tisch des Hauses liegenden Aktenbündel gegen ihn. Der Präsident erteilte Ordnungsrufe und schloß den Kommunisten Hellaermann von der Sitzung aus, der ein schwermütiges Aufsehen erregte gegen die Rechte des Hauses geschleudert hatte. Es erfolgte rasender Lärm.
Zahlreiche Rufe aus dem Hause erklangen: „Aus mit den Kommunisten!“ Von freies Erbkämmereränderer An und rufen: „Aber, Herr Präsident, Herr Präsident, Herr Präsident, die Sitzung auf und gibt Auftrag zur Auflösung der Erbkämmerer. Von den Erbkämmerern werden beständige kommunistische Ansprachen in den Saal gehalten. Die kommunistischen Abgeordneten im Saale sollen mit Händelkräften ein und bringen ein dreimaliges Beschloß auf die Interpellation aus. Im Saal und auf den Tribünen herrscht mitleidigst überdrehernder Lärm. Der Abg. Casper (Komm.) geht auf die Medientribüne und gibt ein Glas Wasser gegen die Abgeordneten der Rechten aus, worauf er sich der Präsidentenloge bemächtigt und heilig küßt. Die Glocke ertönt von einigen Tischen abgenommen, worauf er nach einem Zwischenruf greift, daß ihm ebenfalls erwidert wird. Vizepräsident Dr. Borck redet vergeblich auf die kommunistischen Abgeordneten ein.

zungen werden die Tribünen geräumt, nachdem die kommunistischen Auhörer nochmals ein Hoch auf die Weltrevolution ausgebracht hatten.
Nach Wiedereröffnung der Sitzung befragt Abg. Hoffe (Komm.) auf Verhalt des Präsidenten Barthele, hob er auf die Zustimmungstribünen gegangen sei und das Publikum aufgefordert habe, die Anordnungen des Präsidenten nicht zu beachten.
Ausschußberichterstattung Dr. Fall (Dem.), der nun das Wort zur Fortsetzung seines Berichtes erhält, erinnert dann an die Erklärung des Verträgers des ehemaligen Reichshauses, daß der ehemalige König von seinem in der Vorlage niedergelegten Vornamen in Deutschland niemals Gebrauch machen werde.
Nach Abweisung des jetzt zur Abstimmung kommenden Antrages der Kommunisten, die Vorlage um vier Wochen zu verlagern, entfiel wieder lebhafter Stauung, ebenso bei weiteren erneut gestellten kommunistischen Oppositionsanträgen, die ebenfalls abgelehnt wurden. Nun beginnt die eigentliche Besprechung der Vorlage.
Abg. Ledeburr (Christl. Vdg.) erklärt im Namen seiner Fraktion, daß sie die Vorlage annehme.
Abg. Fehr, v. Wangenheim (Deutsch-Komm.) gibt eine Erklärung ab, obwohl seine Freunde sich der Stimme bei der Abstimmung über die Vorlage enthalten werden.
Abg. Bied (Komm.) beantragt bei § 1 und auch für andere Paragraphen getrennte Abstimmungen.
Abg. Dösch (Komm.) will eine Entziehung in den § 1, daß, wenn landesgesetzliche Bestimmungen schon vorliegen, diese zur Anwendung kommen sollen.

Preussischer Landtag.

Die Hohenzollerenvorlage in zweiter Lesung angenommen.
In vorgerückter Stunde begann Dienstagabend die Abstimmungen über der Vergleichsvorlage zwischen Preussen und der Hohenzollerfamilie. Zunächst wird über den ersten Teil des § 1 abgestimmt. Das Ergebnis der Abstimmung ist die Annahme des ersten Teiles des § 1 der Vorlage mit 207 gegen 33 Stimmen. In weiterer nennendlicher Abstimmung wird unter Abweisung kommunistischer Änderungsanträge der Rest des § 1 mit 214 gegen 37 Stimmen bei 26 Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten angenommen. Damit ist die Genehmigung der Vergleichsverträge in zweiter Lesung ausgeprochen, da die weiteren Paragraphen nur noch technische Bestimmungen enthalten. § 2, der für die Ausübung des Vertrages Steuer- und Gebührensrecht vorsieht, wurde nach Abstimmung eines kommunistischen Antrages auf Vereinfachung der Steuern und Gebühren, die sich aus dem Vertrag mit den Hohenzollern ergeben, in der Ausfassung ebenfalls angenommen.
Bei der Beratung des § 3 kam es wiederum zu großen Ermessungen. Als schließlich ein Kommunus einmütig den Vorfall der bürgerlichen Parteien ins Gesicht spie und der Präsident eine Aube zu schaffen vermochte, wurde die Sitzung auf zehn Minuten unterbrochen.
Bei Wiederbeginn der Sitzung wurde der Vizepräsident Corrich mit belebendenden Rufen und Schallblasentönen empfangen. Ungefragt wurden schon kommunistische Abgeordnete aus dem Saal geschoben. Die Erregung erreichte ihren Höhepunkt, als mehrere Kommunisten gegen das Präsidentenpult vorstürzten und alle Gegenstände, die sie dort erzielten konnten, wie Zinsenbriefe, Aktenbündel, schwere Holzstühle, dem Abgeordneten Bregenn in, dem Vizepräsidenten Corrich und dem Weisser Precourt an den Kopf warfen. Vizepräsident Corrich, über und über mit Tinte beschmutzt, unterbrach wiederum die Sitzung.
Gegen 8 Uhr wurde die Sitzung nach zweimaliger Unterbrechung abermals eröffnet. Vizepräsident Corrich teilte den Beschluß des Ausschusses mit, nach welchem die kommunistischen Abgeordneten Kietrup, Ebelin und Fendrosch für 20 Sitzungstagen ausgeschlossen werden. Als die Kommunisten sich weigerten, den Saal zu verlassen, und erneut zu lären begannen, wurde die Sitzung wieder unterbrochen. Erst als nach einer Viertelstunde drei Polizeibeamte im Saal erschienen, verließen die ausgeschlossenen Abgeordneten den Saal. Als Wiederanfang der Sitzung wurde der kommunistische Abgeordnete Kraus in die Saal hineingeholt. Danach nahm der Landtag den § 3 der Vorlage mit 227 gegen 24 Stimmen bei 40 Stimmenthaltungen an. Als die Kommunisten von neuem großen Lärm erheben, schloß der Vizepräsident die Abgeordnete Kraus, Frenge, Goll und den Abgeordneten Corrich von der Sitzung aus. Der Abgeordnete Bied (Komm.) erklärte, daß sich die kommunistische Fraktion an den weiteren Verhandlungen nicht beteiligen werde. Die Kommunisten verließen den Saal. Hierauf wurden die übrigen neun Paragraphen der Vorlage im ganzen angenommen. Die dritte Lesung soll Freitag stattfinden.

(208. Sitzung.) t. Berlin, 13. Oktober.
Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Bied (Komm.), daß das Haus heute über die kommunistischen Änderungsanträge gegen das Staatsministerium entscheide, während sonst diesen kommunistischen Anträgen ab. Die Änderungsanträge werden am Freitag zur Abstimmung gestellt. Die Vorlage über Einmündigungen einleier Erbkämmerer in Welschden wird ebenfalls verhandelt. Es folgt die dritte Beratung des Vergleichsvertrages über die

Erstreckung und Auseinanderlegung der Provinzen Ober- und Niederschlesien.

Nach Wiederholung der in den früheren Besuchen schon gefassten Beschlüssen der Parteien durch verschiedene Abgeordnete schließt die allgemeine Versammlung...

§ 1 wird gegen die Deutschnationalen, Demokratischen und Völkisch-republikanischen Annahmen. Große Tinden bei §§ 2-7 Annahme. Über den frührigen § 5, der die Ersetzung öffentlicher-rechtlicher Ämter auspricht, findet namentliche Abstimmung statt. Sie ergab die Annahme des § 8 mit 206 gegen 26 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und ein Teil der Völkisch-republikanischen Vereinigungen beteiligen sich nicht an der Abstimmung.

Es entwidelt sich dann eine lebhafte Beschlusstimmungsdebatte, weil auf Grund des geführten Antrages Berold erst über die Fassung der Vorlage abgestimmt wurde, wodurch die vorliegenden Änderungsanträge ohne weiteres erledigt sind.

Das Haus verabschiedet die den TrennungsVorlage gegen die Stimmen der Demokratischen, Deutschnationalen und Völkisch-republikanischen Parteien und nimmt einen Antrag der Regierungsparteien an, wonach das Gesetz am 1. Oktober 1923 in Kraft tritt. Ferner findet Zustimmung ein Antrag des Verfassungsausschusses, wonach der deutschnationale Antrag abgelehnt ist, der die Bildung von besonderen Kreise, landwirtschaftlichen usw. in der Provinz Oberschlesien vorschreibt.

Es folgt die zweite Beratung des Antrages von Campe (Sp.), Fall (Dem.), Feld (Soz.) auf Annahme eines Beschlusses zur Änderung des Gesetzes über die Befehlswahl der Mitglieder des Reichsrates durch die Provinzialverwaltungen. Die Vorlage fand bereits mehrfach im Parlament zur Entscheidung; sie konnte aber bisher nicht erledigt werden, da die Deutschnationalen, das Zentrum, die Völkischen und die Deutschnationalen die Abstimmung nicht befürworten wollten.

Die Deutschnationalen und die Völkischen sind an der Beratung nicht beteiligt. Der Antrag wird in der Beratung ohne Debatte angenommen. Bei der Abstimmung über die Bestimmungen über die einheitliche Stimmabgabe über die erwähnten Parteien wird über die Abstimmung über 189 Stimmen abgegeben, das Haus ist daher beschlußfähig.

Der Reichspräsident Dr. von Ebert hat am 1. September an die Reichsregierung ein Schreiben an den Reichspräsidenten Dr. von Ebert abgegeben. Der Reichspräsident hat am 1. September an die Reichsregierung ein Schreiben an den Reichspräsidenten Dr. von Ebert abgegeben.

Berringerung der Rheinbesatzung?

Konferenzen in Paris. Der Generalstab der französischen Rheinarmee hat dem Kriegsministerium in Paris einen Bericht vorgelegt, wonach die Verminderung der Besatzung für den Rhein und an den Armeekorps vorgeschlagen wird.

Der deutsche amtliche Stellen hat bisher keine Mitteilung über die in der französischen Presse erwähnte Verminderung der Rheinbesatzung an einem Armeekorps vor. Nach den deutschen Schätzungen ist von Juni bis September die Rheinbesatzung um rund 4700 Mann vermindert worden. Ebenfalls nach deutschen Schätzungen befinden sich jetzt noch im Rheinland 79.000 Mann Besatzungstruppen, und zwar 65.000 Franzosen, 8000 Engländer und 7000 Belgier.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich. Die Große Koalition in Preußen. Zur Frage der Regierungsumbildung in Preußen wird gemeldet, daß Ministerpräsident Braun die Fraktionsführer der Regierungsparteien zu einer Besprechung für Donnerstag eingeladen hat.

Aurores Hochzeitsreisen.

Roman von Ulrik Ehlund. Verheiratete Aberzeugung aus dem Schwedischen von Hebe Ehlund. So kommen Sie doch endlich, Fräulein Aurore, sagte er und nahm ihre Hand. ... Die Damen setzten sich in den wartenden Wagen und fuhr nach Hause, nachdem die Götter dem Götter gebeten hatten, morgen ihr Verlobtes sein zu wollen. ... Achtes Kapitel. Sorgen und Gefährten. Seit nun achtzehn Tagen künigelte Agneta regelmäßig Punkt elf Uhr an Doktor Stenbergs Tür und immer noch war sie gleich ängstlich, wenn sie die Schwelle zu seinem Salon ...

Der die Regierungsumbildung im Reich und in Preußen zweckmäßig sein. Bei der Deutschen Volkspartei erwartet man, daß Ministerpräsident Braun bestimmte Vorschläge für die Regierungserweiterung machen wird, wobei dann zunächst die persönlichen Fragen zu prüfen wären.

Reichsminister Dr. Bell in Speyer.

Auf seiner Informationsreise durch die besetzten Gebiete hat Reichsminister Dr. Bell der Stadt Speyer einen Besuch ab. Der Minister empfing hier eine Abordnung aus Germersheim. Anknüpfend an die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses über die Germersheimer Zwischenfälle ließ sich der Minister über die einzelnen Vorgehensweise eingehend Bericht erstatten. Auch die außerordentlich bedrängte Lage der Stadt Germersheim kann dabei zur Sprache kommen.

Ein Reichsblat in Wäsk.

Für die kommenden Wäskerschaftswahlen ist ein „Reichsbund“ ins Leben gerufen worden. Dessen Vorstand gehören die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Völkisch-republikanische und die Völkischen an.

Neue Sturmshäden an der Nordsee.

Helgoland schwer mitgenommen. Der Sturm, der sich bereits zeigte, nahm an Stärke wieder zu. Auf Helgoland ging das Wasser bis ans Aurhaus. Das das Vollerw durch den letzten Sturm hart beschädigt war, so wurden hier größere Schäden festgestellt. Der während des Krieges aus Eisenbeton gebaute Kommandeurstand auf der höchsten Stelle der Düne ist abgebrochen. Die Düne droht durchzustreichen. Die höchsten Stellen der Nordküste der Düne ist ganz zerstört worden. Das vor dem Meer für das verunglückte Marineluftschiff errichtete Signal, das mitten in den Dünen stand, ist ins Meer gestürzt. Der gänzliche Verlust der Helgoländer Düne rückt in den Bereich der Möglichkeit. Auch der Helgoländer Nordstrand hat schwer gelitten und erneut viel Boden verloren. Das aufengelagerte Wasser überflutet. Der erst neu angelegte Sportplatz ist zerstört.

Aus dem Regierungsbezirk Steiermark kommt die Meldung, daß dort an vier Stellen der Deich gebrochen ist. In Hamburg und Altona traten wieder große Überschwemmungen ein. Auch auf den Fluhdecker wurde sich der Sturm löhrend aus, die von Kopenhagen nach Hamburg gefahrte dreimotorige Dampfschiffmaschine wurde in Kopenhagen bei Lübeck landen. Auch die von Kopenhagen nach Berlin bestimmte Maschine mußte in Dänemark ihren Flug unterbrechen.

Auf Eski. Die Sturmshäden an dem oberen, noch wenig befestigten Teile des Dammes vom Festland nach der Insel Eski sind erheblich größer, als man zuerst annahm. Es wird damit gerechnet, daß die Eröffnung der Bahnlinie, die zum 1. Juni 1927 geplant ist, doch noch eine Verzögerung erleidet. Am Montag wollte man bereits mit dem Bau des eigentlichen Vorkonstruktionsbeginnen. Das erforderliche Baumaterial stand bereit. Die Arbeiten konnten jedoch infolge der Stürme nicht aufgenommen werden. Der bisherige Schaden wird bereits auf eine Million Mark geschätzt.

An der schwedischen Küste. Für die schwedischen Küsten bedeutete der schwere Orkan eine wahre Katastrophe. Der größte Teil der Fischer ist durch die Vernichtung der Fischergerätschaften vollkommen ruhmlos geworden. Auch die an diesen angereicherten Schaden auf mindestens eine Million Kronen geschätzt.

Ein weltberühmter Diamant gestohlen.

Der „große Conde“. Aus dem Schloß von Chantilly ist der berühmte „roße Diamant“, der unter dem Namen der „große Conde“ bekannt ist, mit verheerenden anderen wertvollen Gegenständen gestohlen worden. Der Diebstahl wurde erst von einem Wächter bemerkt. Die ersten Untersuchungen haben ergeben, daß mehrere Personen an dem verheerenden Einbruch teilgenommen haben müssen. Die Einbrecher wurden mittels einer sieben Meter langen Leiter von außen durch ein Fenster des Gemmenzimmers ein. Ein Sadbrüderliche Diamantenbesitzer, die genau wissen, daß ein Ortart bekanntes Schmiedewerk nicht veräußert werden kann und die gegen das Verprechen der Rückgabe dieses seines Geld pressen wollen.

Table with 10 columns: Getreide und Maisarten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark. Columns include Wetz, Rogg, Hafer, Weizen, etc. with prices for different regions like Westfalen, Ostfalen, etc.

Lokales und Provinzielles.

Der Gattling. Kommt der Gattling heran, der 16. Oktober, so heißt es bei den ländlichen Bevölkerungsdörfern für den Winter treffen und die letzten Früchte im Garten und an den Obstbäumen einzutrocknen. Zu einigen Gebieten Deutschlands heißt es daher auch in einer alten Bauernregel: „Komm der Tag des Gales, schiff heim alles.“

Anfang, 13. Oktober. Heute mittag gegen 2 Uhr ging über unseren Ort und Umgegend ein Gewitter von nur kurzer Dauer mit wolkenbrüchigen Regen bei äußerst heftigem Sturm nieder, der namentlich in den umliegenden Forsten arg gewüthet hat. An der Torgauer Straße, unweit des Apfelwegs, hat der Sturm in einer

„Nein, wirklich nicht,“ erwiderte die alte Frau ungerecht, „das hat mir Fräulein noch nie gesagt.“ „Ja, so heißt sie. Aber was ist denn dabei Wertwürdiges?“ Frau Stolpe antwortete nicht. Sie sah Agneta mit großen Augen an. „Die Wege des Herrn sind wunderbar,“ brachte sie schließlich hervor. „Liebe Frau Stolpe, ich verstehe Sie nicht. Kennen Sie denn die Baronin Venden?“ fragte Agneta.

Frau Stolpe setzte sich. Sie sprach unruhig an ihrer Schürze und sah ganz verfürzt aus. „Ja, ob ich sie kenne,“ sagte sie endlich. Der Name der Baronin hatte sie offenbar völlig aus dem Gleichgewicht gebracht, doch sie verdrückte nun weiteren Erklärungen zu entflücheln. „Jetzt müssen Fräulein Agneta aber gehen,“ erklärte er ausweichend, es ist fünf Minuten über halb elf.“ „Ja, ja, ich komme schon noch zur Zeit. Doch vorher möchte ich gern erfahren, was Sie mir von dem Fräulein erzählen können. Denn Sie wissen etwas, das sehr ist.“ „Nein, nein, gehen Sie jetzt, Sorgenstund, sonst wird es zu spät. Ich kann Fräulein Agneta wirklich nichts erzählen.“ Agneta ging halb widerwillig. Sie war sehr neugierig, etwas über die Baronin zu hören. Waren ihr doch die Schicksale des Doktors und seiner Schwester völlig fremd. Sie wußte nur, daß er ein reicher Junggeselle war, das war alles. Die Hände im Ruff, ging Agneta rasch durch das letzte Schneetreiben, das Boden begann. Vergnügt beobachtete sie die großen Flossen, die langsam hervorbrachten. Als sie sich dem Hause des Doktors näherte, sah sie zwei Leutnants von der Burgardstraße herkommen. Den einen erkannte sie an seinen flehenden Augen und den hochstehenden Schurrbartspitzen. Sie pliegte ihm in der letzten Zeit oft zu begegnen und es war ihr aufzufallen, daß er sie in recht zudringlicher Weise ansah. Sein großer, blonder Kamerad, der sie einen Augenblick flüchtig betrachtete, geseit ihr besser. (Fortsetzung folgt.)

Amtlicher Teil.

Schutz trigonometrischer Marksteine.

Wie in früheren Jahren werden die Besitzer von Grundstücken, in denen trigonometrische Punkte liegen, darauf aufmerksam gemacht, daß die Marksteine und die Marksteinflächen, d. h. kreisförmige Bodenfläche von 2 Quadratmetern um den Markstein selbst, dem Pfusse gehören und die letzteren von der Bewirtschaftung ausgeschlossen sind. Diese Schutzflächen dürfen nicht vom Pfusse berührt und nicht geegelt werden, denn durch die geringste Verschlebung des Marksteines ist der trigonometrische Punkt zerstört und kann nur unter Aufwendung von erheblichen Kosten wieder hergestellt werden.

Zu widerhandlungen werden nach § 370, Ziffer 1, des Reichsstrafgesetzbuches mit Geldstrafe bestraft. Die Zerstörung von trigonometrischen Punkten der preussischen Landes-irrigulation fällt unter § 303 des Reichsstrafgesetzbuches und wird mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Es ist wiederholt vorgekommen, daß Beschädigungen von Marksteinen von Kindern verübt worden sind; ich ersuche daher die Herren Schulleiter bezw. Lehrer, die Kinder entsprechend zu bezeichnen und auf die Bedeutung der Steine hinweisen zu wollen.

Die Gemeinde- und Gutsoorstände sowie die Landjäger ersuche ich, die Besitzer von den Grundstücken, auf denen Marksteine stehen, auf deren Bedeutung aufmerksam zu machen, die Marksteine ihres Bezirkes alljährlich mindestens je einmal im Frühjahr und im Herbst zu besichtigen und etwaige Beschädigungen oder Zuwiderhandlungen sofort hierher anzumelden.

Torgau, den 5. Oktober 1926.
Der Landrat, J. A. Rißmann, Kreisoberinspektor.
Veröffentlicht. Annaburg, den 14. Oktober 1926.
Der Amts-Vorsteher.

Bekanntmachung.

Das ehem. Schöllbach'sche Grundstück in der Baderei mit jetzt 4 Morgen Acker soll verpachtet werden. Schriftliche Angebote mit Angabe des Pachtpreises sind bis zum **25. Oktober Mittags 12 Uhr** im Gemeindeamt abzugeben.
Annaburg, den 14. Oktober 1926.
Der Gemeinde-Vorstand.

Bekanntmachung.

Der Kreisauschuss in Torgau hat für den Kreis wiederum eine **Wandererschulungsstelle für junge Mädchen** eingerichtet. Es besteht nun die Möglichkeit, hierorts einen Kursus für die Teilnehmer abhalten zu lassen. Junge Mädchen,

die an einem solchen Kursus teilzunehmen beabsichtigen, wollen sich bis **16. d. Mts.** im Gemeindeamt hierjehelb melden.
Annaburg, den 6. Oktober 1926.
Der Gemeinde-Vorstand. J. B. Eich.

Fleischbeschau für Hauschlachtungen.

In der Gemeinde Burzen wird auf Grund der Polizeiverordnung des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Merseburg vom 15. Mai d. Js. — Amtsblatt Seite 104 — die **Fleischbeschau für Hauschlachtungen mit sofortiger Wirkung eingeführt**. Als Fleischbeschauer ist der Kaufmann Otto Grahl und zu dessen Stellvertreter der Tierarzt Dr. Schmidt in Annaburg bestellt. Die Fleischschau über der Trichinenbeschauer Krampe in Burzen, in Verbindungs-fällen der Fleischbeschauer Otto Grahl in Annaburg aus. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß jede Schlachtung auch weiterhin der Trichinenschau unterliegt und die einzelnen Trichinenbeschauer weiterhin zuständig bleiben. Der Fleischbeschauer muß ebenfalls in jedem Falle mitwirken wegen Vornahme der Besenschau und der Besen-schau des Fleisches auf Tauglichkeit. In Annaburg bleibt es bei der jetzigen Regelung. Die Fleischbeschauer sind in ihrem Bezirk auch für gewerbliche Schlachtungen zuständig.
Annaburg, den 12. Oktober 1926.
Der Amts-Vorsteher.

Heute früh verschied nach Gottes unerforschlichem Ratschluß infolge eines im Kriege zugezogenen Leidens mein lieber Mann, unser guter Sohn und Bruder, Schwiegersohn und Schwager, der

Schmiedemeister Otto Wille

im 31. Lebensjahr.
Die trauernden Hinterbliebenen
Erika Wille, geb. Kramer
Familie Emil Wille
Familie Albert Kramer.
Bad Schmiedeberg, Annaburg, 12. Oktbr. 1926.

Die Beerdigung findet nach erfolgter Ueberführung in Annaburg am Freitag nachm. 3 Uhr von Trauerhause, Friedhofstr. 1, aus statt.

Seite morgen 1 Uhr verstarb nach nur kurzer Krankheit mein innigstgeliebter Mann, unser lieber Onkel

Gottfried Schulze

im Alter von 86 Jahren.
Mit der Bitte um stillen Beileid
Frau Wilhelmine Schulze.
Annaburg, den 13. Oktober 1926.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachm. 8 Uhr vom Trauerhause, Holzbockerstr. 52, aus statt.

Bekanntmachung. 1 Schäferhund

als zugelassen gemeldet.
Annaburg, d. 13. 10. 1926.
Der Amtsvorsteher.

Um mich nicht unnötig zu belästigen, möchte ich den Kinobesuchern bekannt geben, daß ich **nicht** im Lichtspielhaus vorführe.
H. Grune,
Staatl. gepr. Vorführer.

Handwerker u. Gewerbetreibende des Kreises Torgau.

Am Sonntag, den 17. ds. Mts., findet in Torgau im Schützenhause, nachmittags 2 Uhr, die

Gründungsversammlung

eines Kreisverbandes für Handwerk und Gewerbe für den Kreis Torgau statt. Alle selbständigen Handwerker und Gewerbetreibende werden hierdurch eingeladen, an der Versammlung teilzunehmen. Steuerfragen, Wahlangelagenheiten, Errichtung von Buchstellen, etc. werden das Thema der Versammlung sein. Es ist Pflicht eines jeden selbständigen Handwerksmeister und Gewerbetreibenden zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Vereinigung selbst. Handwerker und Gewerbetreibender von Torgau und Umgegend. G. B.
Der Vorstand. Jütte. Schag. Haferkorn.

Lichtspielhaus.

Freitag bis Sonntag abends 8 1/2 Uhr

Das hervorragende Doppelprogramm:

Der Wettlauf mit dem Tode.

Ein Drama aus dem Lande der Pyramiden in 6 Akten nach dem Roman: „Der Untergang der Korosko“ von Conan Doyle.

Die Rache der Tänzerin.

5 Akte.
Bei kalter Witterung, gutgeheizter Saal. Gute Musikbegleitung.

Am Sonnabend, von 1 Uhr an

Fleisch- und Wurst-Berkauf.

Wilhelm Pletz,
Ackerstr. 1a

Birnen, gute „Lulle“ 2 Pfd. 15 Pfg.
Winter-Birnen 4 Pfd. 8 und 12 Pfg.,
Winter-Fallbirnen 4 Pfd. 5 Pfg.,
Falläpfel 2 Pfd. 15 Pfg.
Pfarrhaus Bethau

Gramme Zerkel

hat abzugeben
Baderei Nr. 3.

Alle Baumschul-Artikel

in bester Qualität empfehlen
B. Böttcher & Bergfeld
Baumschulen Raundorf.

Wir laden Sie zur Besichtigung der **Obstausstellung in Torgau** höf. ein, woselbst wir alle Artikel zur Schau bringen.

ANFERTIGUNG ALLER DRUCKSACHEN
HERMANN STEINBEISS

Die **billigsten Holzpreise** und Bauausführungen macht Ihnen **Wilhelm Runze.**

Sämtliche Bau-Artikel:

Eiserne Träger und Säulen, legtere auch nach Maßangaben in allen Stärken werden sofort angefertigt.
Front- und Grabgitter, Eiserne Fenster und Oberlichte, Türen und Torwege vom Lager und nach Maß.
Eiserne Dachbinder, sämtl. Ofenbau-Artikel, Tonnene Eiserne Pumpen mit Rohr und Sauger, sowie komplette Wasserleitungen, Stallgitter für Schweineställe, Schweinetröge :: Krippenschalen.
Wilhelm Grahl.

Schweizer Limburger Camembert-Souvenir ff. Harzer empfiehlt G. G. Hollnigs Sohn.

Brief-Ordner Schnellhefter in Quart- u. Folio-Format, empfiehlt S. Steinbeiß.

... einzig erfrischend



Heute, im Zeitalter des Sports, ist der ergussene, „echte Kathreiner“ das Getränk der Millionen. Der Gehalt machts!

Palast-Theater

bringt uns ab heute **Donnerstag bis Sonntag** den Großfilm:

Der steinige Weg.

(Aus dem Elternhaus vertrieben.) Eine tiefergreifende Geschichte eines kleinen Jungen bis zum gereiften Mannes, in 6 Akten.
„Der Sträfling“. Eine ganz tolle Sache in 2 Akten.
Die Zaubergeige. (Ein Traumbild).
Sonntag nachmittag 4 Uhr:
Grosse Jugend-Vorstellung.
„Aus dem Elternhaus vertrieben.“

Arb.-Gesang-Verein „Concordia“

Am **Sonnabend, den 16. Oktober,** im „Bürgergarten“

Gr. Unterhaltungsabend,

bestehend aus **Gesangsvorträgen** aller Art. Ferner gelangt zur Aufführung eine urkomische Schwant-Operette in 1 Aufzuge mit Vorspiel.

Der liebe Onkel.

Personen: August Schmitz, Fischweiber, Horrad Klein, Handlungsgehilfe, Johann Schmitz, Wenzler, Ida Schmitz, seine Tochter u. Rotroninsh, Privatier, Frau Schmitz, verwitwete Geheimrätin, Kath. Diener bei Johann Schmitz, Guste, bei Johann Schmitz, Müller, ein Schumann.
Chor: Damen und Herren aus der Gesellschaft.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
— Eintritt 50 Pfg. —

Zu diesem gewöhnlichen Abend laden ganz ergeben ein. Der Eintritt ist sehr mäßig gehalten, damit ein jeder in der Lage ist, diesem vielerwünschten Abend beizuwohnen zu können. Wer laden will, der gehe am **Sonnabend** nach dem **Bürgergarten**.
Rauchen höf. verbeten.
Der Vorstand.

Torgauer Kreis-Kalender

für 1927
mit vollständigem Marktverzeichnis, Preis 50 Pfg. zu haben bei **Herrn Steinbeiß, Buchhandlung.**



Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erheinet wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachm. 3 Uhr. Bezugspreis wird monatlich festsichtigt. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstellen. Zeitungserlöse werden für den Verleger und die Redaktion vorbehalten. In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden



Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Holddbf., für außerhalb Wohnbez. 7 Holddbf., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Holddbf., im Reklameteil 30 Holddbf., einseitig, Unabgesetzter, Samstags- und festlicher Tage mit Aufschlag. Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten. Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbehal.

Fernrechn.-Anschluß Nr. 24.

Nr. 84.

Donnerstag, den 14. Oktober 1926.

29. Jahrg.

Kleine Zeitung für alle Leser.

- * Von einer neuen Sturmflut wurde das Untereoberrhegebiet heimgesucht; Hamburg und Altona wurden zum Teil überflutet.
- * Die fremde Besatzung im Rheinland soll nach einem Vorschlag des französischen Generalstabes bis auf zwei Armeekorps mit drei oder vier Divisionen verringert werden.
- * Im Reichsfiskus Landtag wurde der Reichstag Preussens mit der Hohenzollernfamilie in zweiter Lesung angenommen.
- * Ein vierzehnjähriger Junge namens Karl Müller er- mordete in Dronenburg bei Berlin das alte Ehepaar Dobrowitz und die Wäbriige Tochter, um die Familie berauben zu können.

Ein deutsch-schwebisches Kabinett.

Arbeitsminister und Justizminister. In Prag ist nach dem Austritt der Deutscherregierung Czerny vom Ministerpräsidenten Ducha ein neues Kabinett aus zehn Abgeordneten und vier Beamten gebildet worden, in dem zum erstenmal zwei Deutsche vertreten sind, und zwar wird der Abg. Prof. E. Pina das Arbeitsministerium und der Abg. Prof. Max-Sartig das Justizministerium erhalten. Von der früheren Deutscherregierung bleiben der bisherige Ministerpräsident Czerny als Innenminister, der Finanzminister Dr. Englich, der Handelsminister Keroufa und der Außenminister Dr. Beneš im neuen Kabinett.

Der neue Arbeitsminister, der Abgeordnete der Christlichsozialen Volkspartei Dr. Robert Max-Sartig, entstammt einer Tiroler Bauernfamilie und wurde im Jahre 1874 in Wien geboren. Er absolvierte die Juristische Fakultät in Wien und trat in die Dienste des österreichischen Justizministeriums. Im Jahre 1904 wurde er Professor an der Universität in Fribourg und kam im Jahre 1909 an die Juristische Fakultät der Deutschen Universität in Prag, wo er rätliches und bürgerliches Recht lehrte. Er ist Ehrenprofessor der Universität Padua und Korrespondent des hiesigen Deutschen Juristentages in der Tschechoslowakei.

Politische Möglichkeiten.

Die Entwicklung, die jetzt dazu geführt hat, daß deutsche Minister in das tschechoslowakische Kabinett eintraten, kommt nicht ganz überraschend. In der Tschechoslowakei kämpfen ja bisher die drei Nationalitäten, nämlich die Deutschen, die Tschechen und die Slowaken, im Prager Parlament auf heftigste gegeneinander und das Zahlenverhältnis war so, daß die zusammenarbeitende Opposition, nämlich die Deutschen und die Slowaken, durch ihre Stärke der tschechischen Mehrheit sehr erhebliche Schwierigkeiten bereiten konnte, um so mehr, weil es auch innerhalb dieser tschechischen Mehrheit an heftigen Streitigkeiten durchaus nicht fehlte. Das Bild dieses Parlamentes steht bunt genug da, da es bei seinen 284 Abgeordneten nicht weniger als zwanzig Parteien hat. Trotz der engersten Zusammenarbeit mit den Tschechen in Prag aus betrieben wurde, ist es aber auch unter den Deutschen nicht gelungen, die Einigkeit zu wahren. Während es früher allerdings nur so lag, daß sich die Sozialdemokraten von dem deutschen Block fernhielten, spaltete sich dieser Block allmählich in die Richtung der Nationalisten, die eine Meinung des Gesamtums nur von dem Versuch einer Zusammenarbeit mit den Tschechen erhoffen, zum Teil auch durch wirtschaftliche Gründe beeinflusst wurden, und die Richtung der Nationalisten, die eine solche Zusammenarbeit unbedingt ablehnten. Indessen kam es den alten deutschen Traditionen des früheren Kaiserreichs entgegen, daß man noch auf den persönlichen Auseinandersetzungen zwischen den Führern. Auf scheidender Seite war man doch auch deswegen zu einem gewissen parlamentarischen Entgegenkommen bereit, weil dort die Differenzen zwischen den Führern wohl noch größere sind als bei den Deutschen. Außerdem ist es gelungen, auch auf der slowakischen Seite ein ge-

wisches Entgegenkommen zu erzielen, weil die Slowakische Volkspartei zwar nicht in die Regierung eintreten soll, wohl aber Anstalten macht, vom Standpunkt der scharfen Opposition abzugeben. Gerade bei dieser Partei aber hätte die verlorene tschechische Regierung einen überaus heftigen Konflikt, der zu einer Verurteilung des Führers der Slowaken, des Bräunlinen Dr. S. Janku, führte. Er konnte aber ins Ausland fliehen. In diesem Fall wird wohl das jetzige Kabinett eine Revision eintreten lassen. Es sind die beiden stärksten deutschen Parteien, die jetzt ihre Vertreter in die neue Regierung entsandt haben, nämlich der deutsche Bund der Landwirte, also eine Agrarpartei, und die deutsche Christliche Sozialistische Partei, deren Charakter etwa den des deutschen Zentrum ist. Die weitere rechtsstehenden deutschen Parteien sind ebenso drauffeindlich wie die deutsche Sozialdemokratische Partei, die außerdem scharfe Opposition ankündigt, weil das neue Kabinett ein rein bürgerliches, vor allem aber ein rechtsgerichtetes Ausschauen habe.

Ob der Schritt jener beiden Parteien, der zu einer Verfestigung der deutsch-schwebisches Beziehungen zwischen den Deutschen führen kann, Bestand hat, kann natürlich erst die Zukunft lehren. Es hängt alles davon ab, welche Zusagen man für die Regierungsbeteiligung erhalten hat im Interesse der Erhaltung des Gesamtums und ob und inwieweit diese Zusagen nun gehalten werden. Die beiden Ministerien, die man den Deutschen einräumt, sind fast ausschließlich juristisch verfaßt, haben also in dem tschechoslowakischen Kabinett im Sinne der Erfüllung etwaiser Aufgaben geltenden Einfluß ausüben können, ist heute noch nicht zu beurteilen. Gerade die hierfür entscheidenden Ministerien sind in der Hand von tschechischen Ministern, die bisher nach dieser Richtung hin eine überaus deutsche Politik verfolgt haben. Es ist also ein anderer Gesichtspunkt, ein Verzicht, die Dinge auf ein anderes Gleis zu schieben, ein Verzicht, der auch angesichts der ganzen außenpolitischen Haltung der Tschechoslowakei mit ihrem stark antideutschen Charakter möglicherweise ein erfolgreicher Versuch bleiben wird. Immerhin wird das Streben der Bundesdeutschen, durch diese Entschärfung ihre nationalpolitischen und wirtschaftlichen Interessen weiterzuerhalten, neue Antriebe erhalten, und ebenso die Idee zu einer Bewegungsfreiheit, wie sie dem Geiste des Selbstbestimmungsrechtes der Völker entspricht.

Hohenzollernvergleich im Preuss. Landtag.

Einnichtung der Tribüne (207. Sitzung). t. Berlin. Auch heute wurde das Preussenhaus zum gewöhnlichen Szenen. Auf der Tagesordnung der Beratung des Vergleichs mit der Hohenzollern-Kommunaltische Fraktion befogte ihre Zustimmung durch unumstößlich folgende Artigkeit zur Tagesordnung: Protestfälligkeiten und Abwöhnung der Tagesordnung zu verhindern, außerdem die scharfe Konstitutionsmittel beizubehalten. Der Verthe nach beantragte sie folgende Ermittelungentage, Aushebung der Beratungsgouvernavorlage um vier Wochen, Aufsjungtag 8. Ablehnung der Vorlage von der Tages- Alle Anträge wurden abgelehnt oder als demäßig unzulässig abgelehnt. Der demokratische Abg. Jall mit bei Eintritt die Tagesordnung den Bericht über die Arbeit abschließte erhalten. Die Kommunaltische unterführbarem Kärm und einem Saal von zwei frak Niebel beugte sich zur Unterbrechung ihre genossen zum Präbidenten, um diesen zu jire Wachstum Gebrauch zu machen und die das den Kommunaltische zur Rückkehr auf ihre Plätze. Als Niebel von Präbidentenstuhl zu sei richterliche, sprangen ihm einige Kommunaltische warfen die schweren, auf dem Tisch des Ho Alenbände gegen ihn. Der Präbident ertheilte und schloß den Kommunaltischen abnehmen von d der ein scharfes Druckgefächel gegen die Be geschleuderte hatte. Es ersicht folgender Zimm Zahlreiche Rufe aus dem Saale erhallen: „Nacht mit den Kommunaltische! Nun greifen Tribünenbesitzer zu und rufen: Kierbieten hierauf nicht. Der Präbident ließ die Sitzung auf und gibt Auftrag zur Räumung der Tribünen. Von den Tribünen werden heftige Kommunaltische Anreden in den Saal gehalten. Die Kommunaltische Abgeordneten im Saale sollen mit Handklaffen ein und bringen ein dreimaliges Hach auf die Internationale aus. Im Saal und auf den Tribünen herbst muntere laub erndegebender Kärm. Der Abg. Capter (Komm.) geht auf die Nebentribüne und gibt ein Glas Wasser gegen die Abgeordneten der Rechten aus, worauf er sich der Präbidentenseinde beugt und heftig läutet. Die Glode wird ihm von einigen Deputierten abgenommen, worauf er nach einem Zinsenflug greift, das ihm ebenfalls entwunden wird. Präbident Dr. Porsch redet vergeblich auf die Kommunaltische Abgeordneten ein.

xangam werden die Tribünen geräumt, nachdem die kommunaltischen Auditor nochmals ein Hoch auf die Weltrevolution ausgebracht hatten. Nach Wiedereröffnung der Sitzung bestritt Abg. Hoffe (Komm.) auf Vorhalt des Präbidenten Paris, daß er auf die Kundenerklärungen eingegangen sei und das Publikum aufgefordert habe, die Anordnungen des Präbidenten nicht zu beachten. Ausschussrichterlicher Dr. Jall (Dem.), der nun das Wort zur Fortsetzung seines Berichtes erhält, erinnert dann an die Erklärung des Vertreters des ehemaligen Kaiserhauses, daß der ehemalige König von seinem in der Vorlage niedergelegten Wohnort in Deutschland niemals Gebrauch machen werde. Nach Abweisung des jetzt zur Abstimmung kommenden Antrages der Kommunaltische, die Vorlage um vier Wochen zu vertagen, entsteht wieder lebhafter Stand, ebenso bei weiteren erneut gestellten kommunaltischen Konstitutionsanträgen, die ebenfalls abgelehnt werden. Nun beginnt die eigentliche Besprechung der Vorlage. Abg. Labendort (Christl. Soz.) erklärt im Namen seiner Fraktion, daß sie die Vorlage annehme. Abg. Frey u. Wangenheim (Deutsch-Komm.) gibt eine Erklärung ab, inwieweit seine Freunde sich der Stimme bei der Abstimmung über die Vorlage enthalten werden. Abg. Fieck (Komm.) beantragt bei § 1 und auch für andere Paragraphen getrennte Abstimmungen. Abg. Dusch (Komm.) will eine Einfügung in den § 1, daß, wenn landesgesetzliche Bestimmungen schon vorliegen, diese zur Anwendung kommen sollen.

Preussischer Landtag.

Die Hohenzollernvorlage in zweiter Lesung angenommen. In vorgedachter Stunde begann Dienstagabend die Abstimmungen über den Vergleichsbericht zwischen Preußen und der Hohenzollernfamilie. Zunächst wird über den ersten Teil des § 1 abgestimmt. Das Ergebnis der Abstimmung ist die Annahme des ersten Teiles des § 1 der Vorlage mit 207 gegen 83 Stimmen. In weiterer namentlicher Abstimmung wird unter Ablehnung kommunaltischer Änderungsanträge der Rest des § 1 mit 214 gegen 37 Stimmen bei 36 Stimmenthaltenen der Sozialdemokraten angenommen. Damit ist die Genehmigung der Vergleichsberichte in zweiter Lesung ausgefallen, da die weiteren Paragraphen nur noch formale Bestimmungen enthielten, § 2, der sich die Staatsbürger dieses Vertrags Steuer- und Gehaltsfreiheit vorbehält, wurde nach Nennung des Antrages auf Vernehmung, die sich aus dem Vertrag mit den

§ 3 kam es wiederum zu großen Streitigkeiten im Kommunaltischen Abgeordneten im Saal, die sich verestigte, wurde die Sitzung rochen. der Sitzung wurde der Präbident durch seinen Anreden und Schlußfälligkeiten wurden sieben kommunaltische Abgeordnete. Die Erregung erreichte ihren Kommunaltische gegen das Präbidenten Gegenstände, die sie dort erreichen gienbühnen, schwere Holzstufen, dem Präbidenten Sarantsch court an den Kopf warfen. Wiesum über mit Time bestmöglich unterna. die Sitzung nach zweimaliger Unterbrechung. Präbident Sarantsch teilte dem mit, nach welchen die Kommunaltische, Epstein und Jendross für offen werden. Als die Kommunaltische zu verlassen, und erneut zu kärmung wieder unterbrochen. Erst als drei Polizeibeamte im Saal aufgeschloffen Abgeordneten den Saale der Sitzung wurde der kommunaltische 11 Uhr 51 auf die Tagesaussetzung, antrag den § 3 der Vorlage mit 227 10 Stimmenthaltenen aus. Als die in großen Kärm erhoben, schloß der onne Frau H. Ritzger, Halle und den n vor der Sitzung aus. Der Abgeordnete erklärte, daß sich die kommunaltische Fraktion an den weiteren Verhandlungen nicht beteiligen werde. Die Kommunaltische verlassen den Saal, hierauf wurden des hiesigen neun Kommunaltischen Antrage ab. Die Abwöhnung entnahmen die dritte Lesung soll Freitag stattfinden.

(208. Sitzung.) t. Berlin, 13. Oktober. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Fieck (Komm.), daß das Saal heute über die kommunaltischen Abwöhnungsanträge gegen das Staatsministerium entschieden. Das Saal lehnt diesen kommunaltischen Antrag ab. Die Abwöhnungsanträge werden am Freitag zur Abstimmung gestellt. Die Vorlage über Eingemeindungen einiger Ortsteilen in Wesbaden wird ebenfalls verhandelt. Es folgt die dritte Beratung des Vergleichsvertrages über die